

in zwei Stufen zu realisieren, und zwar sollte sie dann – das ist mehrfach betont worden – 2014 ihren Abschluss finden.

In mehreren Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern, die zuvor Gespräche mit der SPD-Fraktion geführt haben, wurde die Information an uns hergetragen, dass die große Dienstrechtsreform auf 2015 verschoben sein soll. Ist das richtig?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wir führen mit den Gewerkschaften Gespräche darüber. Wir haben gesagt, dass wir uns, wenn wir den ersten Teil erledigt haben, der unter Zeitdruck steht, der schnell erfolgen muss und der entsprechend der gesetzlichen Auflagen erfolgen muss, dann zügig an den zweiten Teil und an die weitere Schrittfolge heranbegeben.

Ich kann Ihnen im Augenblick nicht sagen, wann das genau der Fall ist, wann wir da zu einem Abschluss kommen. Sicher ist, dass wir jetzt an den zweiten Teil intensiv herangehen, dass wir das im Austausch mit den Gewerkschaften machen. Dann kann es sein, dass das 2014 oder erst 2015 geschehen wird. Das wird aber im Einvernehmen mit allen Beteiligten gut zu bewerkstelligen sein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung. Diesmal sind es nur sieben Abstimmungen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/2904, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1625 – Neudruck – in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen. Hierzu liegen Änderungsanträge vor, über die wir zuerst abstimmen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/2948** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Die Piratenfraktion. Wer ist gegen den Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Zweitens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/2949** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Piratenfraktion, CDU und FDP. Wer ist gegen den Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2960** ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Das sind die Piraten, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen den Antrag? – Die CDU und die FDP. Enthält sich je-

mand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag **angenommen**.

Viertens stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 16/1625 – Neudruck – in der Fassung der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2904 unter Berücksichtigung der eben angenommenen Änderung** ab. Wer stimmt für diesen Gesetzentwurf? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen den Gesetzentwurf? – Piraten, CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderung **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 16/1625 – Neudruck – in zweiter Lesung verabschiedet.

Fünftens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Piratenfraktion **Drucksache 16/2950** ab. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Piratenfraktion. Wer ist gegen den Entschließungsantrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – CDU und FDP enthalten sich. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Sechstens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/2961** ab. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Piraten, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen den Antrag? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag **angenommen**.

Siebtens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 16/2979** ab. Wer stimmt für diesen Antrag? – Die Piraten, CDU und FDP stimmen dafür. Wer ist gegen den Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Dann sind wir am Schluss dieses Tagesordnungspunktes und kommen zum Tagesordnungspunkt

12 Polizei gehört auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch – Polizeivollzugsdienst durch Einstellung von „Polizeiverwaltungsassistenten“ von bürokratischer Tätigkeit entlasten!

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2899

Ich darf Sie bitten, einigermaßen ruhig den Saal zu verlassen, damit ich die Beratung eröffnen kann.

Für die antragstellende Fraktion hat – es gibt wieder mehr Lohn – der Kollege Lohn das Wort. Bitte sehr.

(Guido van den Berg [SPD]: Der hat sein Geld heute aber verdient!)

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bürgerinnen und Bürger bei uns im Land und auch wir im Landtag verlangen von unserer Polizei viel. Im Prinzip jeder will schnelle Hilfe, professionelle Hilfe, Schutz vor Kriminalität, hohe Aufklärungsquoten und dabei rechtssicheres und sozial angepasstes Verhalten. Zusätzlich müssen Woche für Woche Tausende Überstunden bei Bundesligaspielen und gewalttätigen Demonstrationen absolviert werden.

Dass diese Aufgaben trotz wirklich schwieriger Rahmenbedingungen immer noch sehr engagiert angegangen und bewältigt werden, haben wir unseren motivierten Polizeibeamtinnen und -beamten zu verdanken. Für dieses Engagement möchte ich den Beamtinnen und Beamten zunächst einmal den Dank der CDU-Fraktion aussprechen.

(Beifall von der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Dank und Anerkennung sind natürlich nicht alles. Die Bürgerinnen und Bürger haben an den Staat einen Anspruch auf höchstmögliche Sicherheit.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist absolute Kernaufgabe des Landes. Leider klappt das unter SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen nicht immer hundertprozentig, manchmal auch schlecht. Nordrhein-Westfalen ist nach der heute vorgestellten Kriminalstatistik 2012 das gefährlichste Flächenland in Deutschland.

Die Ausreden der Landesregierung und auch des Polizeipräsidenten von Düsseldorf, Schenkelberg, waren geradezu zum Auf-die-Schenkel-Klopfen. Da sagt man in der Tat, Nordrhein-Westfalen habe so viele Großstädte, Bundesligavereine und Messerveranstaltungen; deswegen sei die Kriminalität bei uns so hoch.

Ich frage mich, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, aber vor allen Dingen auch die Landesregierung: Was ist denn mit München? Spielt München in der 3. Liga? Gibt es in München keine Messen? Ist München kein Ballungszentrum? Dort ist die Kriminalität aber nur halb so hoch wie bei uns.

Zurück zum Antrag „Polizeiverwaltungsassistenten“:

(Guido van den Berg [SPD]: Das wird aber auch Zeit!)

Die Kernaufgaben der Polizei sind unstrittig Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Kriminalprävention. Die Realität in den Dienststellen sieht leider so aus, dass man oft mit viel zu viel reiner Verwaltungstätigkeit, also Bürokratie, beschäftigt ist. Viele Dienststellen sind an der Grenze der Belastbarkeit angekommen: Überstunden ohne Ende; die Krankenstände steigen. Trotzdem müssen studierte Polizeikommissare gelegentlich stundenlang am Kopierer stehen, alle Schreibebeiten selbst erledigen und Statistiken führen.

Eigentlich braucht man auch keine studierten Polizisten für das bloße Durchführen von Geschwindigkeitsmessungen oder die Bewachung von Personen im Polizeigewahrsam.

Die CDU ist der Auffassung, dass unsere Polizei auf die Straße und in die Kriminalkommissariate gehört; denn dort wird die Sicherheit erzeugt und wirklich Dienst am Bürger getan, nicht hinter Aktenbergen.

(Beifall von der CDU)

Keinen Zweifel lassen wir daran, dass in allen Kernbereichen von Polizeivollzugsarbeit sehr gute Ausbildung, hohe Professionalität und auch Beamteneigenschaft gefordert sind. Reine Verwaltungstätigkeiten und Zuarbeiten können und müssen aber vermehrt von Assistenten oder Verwaltungsangestellten erledigt werden.

Das entspricht der Qualifikation der Polizeibeamten und steigert deren Motivation sowie die Polizeipräsenz auf der Straße. Es schafft Freiräume für echte Polizeiarbeit. Ganz im Sinne der Steuerzahler kann es auch noch preiswerter sein.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Wenn wir das beherzigen, werden bei uns auch wieder mehr Delikte aufgeklärt und weniger Menschen Opfer einer Straftat. Darauf haben auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch, nicht nur in Bayern und Baden-Württemberg.

Verehrte Kolleginnen, genau da setzt unser Antrag an. Wir wollen pro Jahr 200 sogenannte Polizeiverwaltungsassistenten – man kann es auch abkürzen: PVA – einstellen, bis zum Jahr 2017 also 1.000. Das heißt, im Durchschnitt bekommt jede der 47 Kreispolizeibehörden im Land 21 Polizeiverwaltungsassistenten bis 2017.

Aus reichlich Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen weiß ich, dass solche Hilfe dringend erwartet wird. Wir müssen relativ kurzfristig helfen. Die Polizeiverwaltungsassistenten könnten einen Teil dieser benötigten Hilfe darstellen.

Geschätzte Kolleginnen von SPD und Grünen, Ihre Kritikpunkte sind mir aus Gesprächen auch bekannt. Deswegen will ich es gleich betonen: Das, was wir vorhaben, ist nicht die Schaffung einer Billigpolizei. Es ist auch nicht die Abschaffung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei.

Natürlich gibt es Polizeiverwaltungsassistenten nicht zum Nulltarif. Um gewollte oder versehentliche Missverständnisse zu vermeiden, rechnen Sie bitte einmal mit. Ein Polizeiverwaltungsassistent wird mit 30.000 € pro Jahr veranschlagt. Auf der Stelle eines Polizeibeamten, der mit 50.000 € veranschlagt wird, sollen zwei Verwaltungsassistenten eingestellt werden können. Die Entscheidungen treffen die Behördenleitungen vor Ort. Das macht bei 200 Polizeiverwaltungsassistenten für das Jahr 2013 ab Juni – früher ist es ja nicht möglich – 500.000 €.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Werner Lohn [CDU])

Werner Lohn (CDU): Wir können so jährlich den Personalbestand bei der Polizei um 100 erhöhen. Das ist neben den erhöhten Einstellungen, die wir vorgenommen haben und die Sie vorgenommen haben, ein kleiner Schritt, auch um gegen die hohe Pensionswelle anzukämpfen, die uns demografisch erwartet.

– Ja, das haben Sie nicht gesagt. Aber wer solch einen Antrag stellt – deswegen bin ich überrascht, Herr Lohn, dass Sie für diesen Antrag sprechen –, der hat wahrlich keine Ahnung, wie es in der Binnengorganisation unserer Polizei aussieht.

Ich fordere Sie auf: Arbeiten Sie konstruktiv mit! Beschäftigen Sie sich mit dem Thema inhaltlich, nicht nur rein parteitaktisch! Es wäre ein gutes Ding, wenn wir den Polizistinnen und Polizisten dabei helfen würden, ihre eigentliche Arbeit zu tun. Ich freue mich auf Ihre Mitwirkung. – Danke schön.

Ich selbst durfte jahrelang in Stäben und Führungsstäben bei der Polizei arbeiten. Ich darf Ihnen versichern, dass dort hervorragende und qualifizierte Arbeit geleistet wird. Denn wer professionelle und planbare Polizeieinsätze gewährleisten will, der muss auf gut aufgestellte und logistische Stäbe zurückgreifen können.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen jährlich 200 Verwaltungsassistenten einstellen. In Ihrem jetzigen Antrag ist nach wie vor kein Wort der Gegenfinanzierung enthalten. Heute haben Sie erstmals ein wenig dargestellt, was das Ganze kosten soll.

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Lohn. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Dahm.

Aber in Wahrheit, meine Damen und Herren der CDU, geht es Ihnen um Einsparungen bei der Polizei. Das hätte ich heute erwartet: dass Sie das noch einmal deutlich machen. Das haben Sie in Ihrem seinerzeitigen Haushaltsantrag dargestellt. Das kann man auch in Ihrem sogenannten Zukunftsprogramm nachlesen. Sie wollen im Polizeietat 2013 5,5 Millionen € einsparen, aufwachsend bis 2017 auf 55 Millionen €.

Christian Dahm (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Lohn, man hat Ihnen das schon angemerkt: Dreimal am Rednerpult, da geht Ihnen leicht die Luft aus. Mich und uns konnten Sie, glaube ich, mit diesem Antrag nicht überzeugen.

(Beifall von der SPD)

Das hätte ich von Ihnen erwartet, Herr Lohn: dass Sie heute rausgehen zu den Demonstrantinnen und Demonstranten und nicht nur mit denen diskutieren, sondern denen auch sagen, dass Sie jährlich 50 Millionen € einsparen wollen. Dadurch haben sie dann nämlich insgesamt 110 Polizeistellen weniger zur Verfügung, und das in Anbetracht der hohen Pensionierungswelle, die wir ab 2017 fortlaufend erwarten.

Wir hatten eigentlich die Hoffnung, dass dieser Antrag nach den Beratungen des Einzelplans 03 längst erledigt sei. Da konnten Sie uns noch nicht mal die Gegenfinanzierung erläutern. Aber heute haben Sie zumindest den Versuch unternommen.

Sie gehen davon aus, dass es in den Kreispolizeibehörden eine nennenswerte Anzahl Funktionen in der Polizei gibt, die derzeit durch Polizeibeamte besetzt sind und dass diese künftig faktisch durch – wie haben Sie es genannt? – PVAs wahrgenommen werden könnten.

Im Ergebnis wollen Sie also Polizeiverwaltungsstellen für Polizeistellen schaffen. Da sage ich in aller Deutlichkeit: Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall von der SPD)

Aber ich glaube, diese Annahme, meine Damen und Herren, trifft nicht zu. Sie ist auch durch nichts belegt. Denn die überwiegende Anzahl von Funktionen im administrativen Bereich wird ja gerade deshalb von Polizeibeamten wahrgenommen, weil dazu polizeiliches Fachwissen erforderlich ist, beispielsweise – das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, Herr Lohn – auf den Führungsstellen in den Direktionen, aber auch bei der Verwaltung im Bereich Technik, Waffen sowie bei größeren Einsatzlagen, insbesondere bei besonderen Aufbauorganisationen.

Auch das sage ich in aller Deutlichkeit: und schon gar nicht zulasten der Einstellungen, die wir derzeit bei der Polizei vornehmen.

Sie zeichnen hier heute ein Bild, dass es zahlreiche Beamtinnen und Beamte in Funktionen gibt, die offenbar nur lochen, abheften oder Strafzettel schreiben und nicht sachgerecht verwendet werden. Das ist unzutreffend und wahrlich nicht sachgerecht.

Ihr Antrag ist nach meiner Auffassung, nach unserer Auffassung ungeeignet. Damit gewinnen Sie nicht einen einzigen Wachtmeister für den Wachdienst oder die Ermittlungsdienste. Wir brauchen auch zukünftig eine starke und leistungsfähige Polizei im Backoffice.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, hören Sie doch auf, dieses abgegriffene Bild der Polizeibeamten oder der Polizeihauptkommissare auf dem Radarwagen ständig zu bemühen. Das ist doch alles eine Folge der zweigeteilten Laufbahn, die wir alle in diesem Hohen Haus gewollt haben und die

Sie, insbesondere Sie, Herr Lohn, in Ihren letzten Kleinen Anfragen immer wieder hinterfragt haben.

Für die SPD-Fraktion darf ich sagen: Wir stehen zur zweigeteilten Laufbahn. Die lassen wir uns von Ihnen wahrlich nicht kaputtreden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Grundsätzlich – damit komme ich zum Schluss – stehen wir einer Entlastung der Polizei von nicht hoheitlichen Aufgaben durchaus positiv gegenüber. Wir sollten daher gemeinsam überlegen, wie wir die Polizei von solchen Aufgaben entlasten und entfrachten können, damit wir sie zukunftsfähig aufstellen.

Wir werden der geforderten Überweisung gerne zustimmen. Ich kann Ihnen nur empfehlen: Beantragen Sie eine Anhörung! Dann hören wir mal, was die Verbände, aber auch die Experten der Polizei dazu sagen. Wir haben hier erhebliche Vorbehalte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Dahm hat es schon gesagt: Ihr Antrag ist letztendlich eine Fortsetzung Ihres Haushaltsänderungsantrags, der hier mehrheitlich abgelehnt wurde. Ein Nacharbeiten dieses Haushaltsänderungsantrags war ja auch in der Tat dringend notwendig. Das Problem ist nur, dass auch aus diesem Antrag kein Konzept ersichtlich ist, dass nicht klar ist, was genau Sie eigentlich damit wollen, für was diese Stellen eingesetzt werden sollen und was für Hilfstätigkeiten Sie eigentlich meinen. Die klassischen Hilfstätigkeiten, die Sie hier gerade aufgezählt haben, gibt es bei der Polizei so gar nicht mehr. Insofern läuft Ihr Antrag da ins Leere. Aus meiner Sicht haben Sie noch einiges zu tun, um diesen Antrag einigermaßen argumentativ anzufüttern und nachzuarbeiten.

Recht haben Sie allerdings – das haben wir auch hier schon häufig diskutiert – in Bezug auf die Frage: Wie können wir die Polizei entlasten? Wie können wir Ideen und Konzepte entwickeln und Aufgabenkritik vornehmen? Denn es ist völlig klar, dass die Anzahl der Pensionierungen und der Neueinstellungen im Jahr 2016 kippen wird. Deshalb machen wir hier ja auch Aufgabenkritik und diskutieren über Entlastungsmaßnahmen.

Ich finde, ein Thema, das wir eigentlich viel zu wenig diskutieren, das wir aber in diesem Zusammenhang auch ansprechen müssten, ist das Gesundheitsmanagement bzw. die Frage: Wie bekommen wir die verwendungseingeschränkten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wieder auf die Straße,

dorthin, wo sie nahe bei den Bürgerinnen und Bürgern sind?

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Schäffer, Entschuldigung, dass ich Sie jetzt unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von, ich vermute, Herrn Lohn, der gerade auf dem Platz von Herrn Schemmer sitzt. Würden Sie sie zulassen wollen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ja klar, bitte.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Werner Lohn (CDU): Vielen Dank, Frau Schäffer. – Die Zwischenfrage geht dahin: Sie haben einige Tätigkeiten aufgezählt, wo Polizeiverwaltungsassistenten tätig werden können. Gerade haben Sie gesagt, Tätigkeiten wie Schreibarbeiten, Geschwindigkeitsmessung, Zuarbeiten in Verwaltungsbereichen und Aufsicht im Polizeigewahrsam gebe es gar nicht mehr. Können Sie mir erklären, wann und wo Sie diese Erfahrungen bei der Polizei gemacht haben?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich selbst habe – das wissen Sie auch – keine Erfahrungen bei der Polizei gemacht. Es ist aber nicht so, dass ich mir Anträge der Opposition nicht auch mal angucken und prüfen würde, inwiefern diese sinnvoll sind oder nicht. Ich habe in der Tat in der letzten Woche, nachdem Sie den Antrag eingereicht hatten, Gespräche geführt und mich über dieses Thema kundig gemacht. Ich finde, es ist schon sehr berechtigt – das ist eine gemeinsame Aufgabe, die wir hier anzugehen haben –, Entlastung zu fordern. Insofern bin ich gerne bereit, auch Vorschläge der Opposition zu prüfen. Das haben wir getan.

Sie führen Tätigkeiten wie zum Beispiel Schreibarbeiten auf. Es macht de facto keinen Sinn, sie auszulagern. Das wird auch nicht mehr gemacht. Es macht viel mehr Sinn, dass die studierten Polizeikräfte, die wir haben, wenn sie zum Einsatz kommen und Statistiken auszufüllen haben, dies direkt selber machen.

Ich vermute, Herr Lohn, dass Sie Ihre E-Mails auch selber beantworten und nicht erst handschriftlich etwas vermerken, was Ihre Mitarbeiterin oder Ihr Mitarbeiter nachher abtippen muss. Wenn Sie das täten, wäre das zumindest nicht sonderlich ökonomisch gedacht, nicht sonderlich ressourcenschonend.

Ich mache das, ich beantworte meine E-Mails selber. Auch finde ich es normal, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zum Beispiel Statistiken selber ausfüllen; denn nur das ist aus meiner Sicht ressourcenschonend. Tätigkeiten, die es früher einmal gegeben hat, machen überhaupt keinen Sinn mehr: dass man zum Diktieren eine Stelle an-

gerufen und auf Band gesprochen hat, was dann nachher abgetippt wurde. Das gibt es so heute einfach nicht mehr. Ich halte es auch nicht für sinnvoll, das wieder einzuführen.

Nichtsdestotrotz können wir – das hatte ich gerade auch schon gesagt – über Vorschläge diskutieren. Ihr Antrag lässt zumindest hoffen, dass Sie sich in eine konstruktive Debatte auch über das Thema „Aufgabenkritik“ einbringen werden.

Zwei Sachen müssen aber, finde ich, klar sein – und das können Sie zumindest momentan nicht sicherstellen, wie Ihr Antrag zeigt –:

Sie müssen zum einen benennen können, um welche Tätigkeiten es sich hier handeln soll. Ein paar haben Sie gerade genannt. Das kann man in der Diskussion aber ziemlich schnell widerlegen, zumal wir hier auch über Aufgaben reden müssen, die eben nicht hoheitlich sind; denn nur dann können Sie diese Personen einsetzen. Ich will also ganz konkret sehen, welche Tätigkeiten Sie da vorschlagen.

Die zweite Voraussetzung muss sein, dass es bei der Polizei keine Rückkehr zum mittleren Dienst geben wird. Es gibt bei der Polizei die zweigeteilte Laufbahn. Ich halte das für sehr wichtig. Das macht den Polizeidienst attraktiv und sichert die hohe Qualität, die die nordrhein-westfälische Polizei auch im Bundesvergleich hat. Wenn Sie mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern reden, werden Sie feststellen, dass die nordrhein-westfälische Polizei hoch anerkannt ist dafür, was sie an Qualität mitbringt.

Insofern diskutieren wir immer gerne auch Vorschläge der Opposition. Ich sehe aber nicht, wie wir bei diesem Vorschlag auf einen grünen Zweig kommen können; denn ein Konzept legen Sie nicht vor. Die Milchmädchenrechnung, die Sie hier vorgestellt haben, ist sehr dünn und schwach. Ich bin gespannt, wie Sie das im Ausschuss noch argumentativ anfütern werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Teilen kann ich mich den Vorrednern anschließen – dieses Mal eigentlich allen, Herr Stotko. Insofern ist dieser Tagesordnungspunkt keiner, wo wir einen großen politischen Dissens haben.

Wir sind uns alle einig, dass die Polizei auf die Straße gehört und nicht hinter den Schreibtisch. Ich glaube, diese Aussage des CDU-Antrags können wir alle mittragen.

Auch wir haben 2005 bis 2010 – was das angeht, nehmen wahrscheinlich nicht mehr alle am Applaus teil – einiges gemacht. Wir haben gesagt: Mehr fahnden, weniger verwalten. – Wir haben Reformen durchgeführt, von denen Sie in der jetzigen Landesregierung noch heute profitieren. Jedenfalls haben Sie das nicht zurückgenommen.

Wir wollten immer, dass sich die Polizei auf ihre Kernaufgaben beschränkt, auf Eingriffs- und Hoheitsbefugnisse. Deswegen glauben wir auch – Stand heute –, den Vorschlag der CDU bezüglich Polizeiverwaltungsassistenten so nicht mitgehen zu können. Da sehen wir andere Schwerpunkte.

Auch wir stehen zur zweigeteilten Laufbahn.

Wir glauben nicht, dass wir Themen wie „Objektschutz“, die zu Problemen führen, quasi damit entschärfen, dass wir Verwaltungsassistenten einführen, zumal wir auch nicht ganz verstehen, wie viele das sein sollen und wie viel sie kosten sollen. Wir haben 47 Kreispolizeibehörden; da bleibt nicht viel übrig, wenn man die alle verteilt. Das würde vor allen Dingen auch viel Geld kosten.

In dem Sinne: Lassen Sie uns im Ausschuss darüber diskutieren. Das ist jedenfalls, glaube ich – Stand heute hier –, kein politisches Kampfthema. Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Orth. – Für die Piraten spricht der Kollege Schatz.

Dirk Schatz (PIRATEN): Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Lohn, ein Satz aus Ihrer Rede gerade ist mir im Gedächtnis geblieben. Sie sprachen von „Verwaltungsassistenten zur Bewachung von Menschen in Gewahrsam“.

Das zeigt mir zweierlei: Erstens. Sie wissen anscheinend nicht, wie es im Gewahrsam zugeht. Da brauchen Sie hoheitliche Rechte, das kann ich Ihnen sagen. Zweitens. Es zeigt mir, worauf Sie eigentlich hinauswollen; das sieht ein bisschen aus wie Ihre alte Forderung nach Hilfspolizisten.

(Beifall von den PIRATEN und der SPD)

Ich habe ein grundsätzliches Problem mit Ihrem Antrag. Sie fordern Polizeiverwaltungsassistenten, die den Vollzugsbeamten zuarbeiten sollen, ohne jedoch genau darauf einzugehen, was sie denn konkret machen sollen. Sie beschreiben deren zukünftige Aufgaben ganz allgemein als „Zuarbeiten“ oder „Hilfssachbearbeitertätigkeiten“ auf den Polizeiwachen, den Kommissariaten etc., um so die Vollzugsbeamten für den operativen Dienst zurückzugewinnen.

Auch für Kopier- und Schreibaarbeiten müssen Ihrer Meinung nach keine Kommissare eingesetzt werden. Ich gebe Ihnen im Prinzip recht. Das Problem ist nur: Ich bin mir nicht sicher, ob Sie die Dimension dessen, wovon Sie reden, richtig überblicken und nicht einen falschen Eindruck von der tatsächlichen Sachlage haben.

Für die meisten reinen Verwaltungstätigkeiten gibt es bereits jetzt eine Vielzahl an Verwaltungsangestellten, die genau das machen, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Bei den paar reinen Verwaltungsstellen, die dann vielleicht noch übrig bleiben und die durch Vollzugsbeamte ausgefüllt werden, frage ich mich aber, ob es sich dabei nicht um solche Stellen handelt, die von Polizeivollzugsbeamten besetzt sind, weil sie beispielsweise krank sind und gar nicht mehr in den Außendienst können. Was würde dann Ihr Verwaltungsassistent dort bringen? Er würde den Vollzugsbeamten ersetzen, und was macht man dann mit diesem? Aussondern? Das wäre meiner Meinung nach nicht das Richtige.

Vielleicht haben Sie ja konkrete Zahlen, die Sie mir im Rahmen der Ausschussdebatte vorstellen können, die zeigen, dass viele dieser reinen Verwaltungstätigkeiten von Vollzugsbeamten ausgeführt werden, und das, obwohl sie noch im operativen Dienst arbeiten könnten. Wenn dem so ist, dann bin ich gerne bereit, Ihnen da zuzustimmen.

Ich vermute allerdings, dass Ihre Forderung in der Hauptsache auf einen ganz anderen Bereich abzielt, nämlich den der – ich nenne sie einmal so – Misch Tätigkeiten, worunter beispielsweise die von Ihnen aufgeführten Schreib- und Kopierarbeiten zählen oder die Zuarbeiten.

Ich gebe Ihnen dahin gehend recht, dass beispielsweise reine Schreibaarbeiten in den meisten Fällen keine hoheitlichen Aufgaben darstellen und dass diese Arbeiten theoretisch auch von anderen Personen übernommen werden könnten.

Lassen Sie mich ein ganz einfaches Beispiel nennen: Ein normaler, unkomplizierter Einsatz im Wach- und Wechseldienst dauert im Schnitt – mit dem Einsatz vor Ort und den anschließenden Schreibaarbeiten – etwa eine bis anderthalb Stunden, wovon je nach Sachverhalt 30 bis 45 Minuten auf die eigentlichen Schreibaarbeiten entfallen.

Es wäre natürlich super, wenn diese Schreibaarbeiten von einem Verwaltungsassistenten übernommen werden könnten. Aber wie soll das in der Praxis funktionieren? Bis ich dem Assistenten den Sachverhalt erklärt habe, habe ich das Ding auch selber geschrieben.

Und Ihr Vorschlag mit dem Diktat auf Band: Das kann auch nicht jeder. Und ob das mit der Arbeitsweise eines jeden Vollzugsbeamten übereinstimmt, weiß ich auch nicht. Das klappt nicht überall.

Das ist nur ein Beispiel; aber es zeigt, was ich damit ansprechen möchte. Es gibt viele Aufgaben, die Sie in der Praxis gar nicht trennen können. Das klingt theoretisch gut, in der Praxis ist es dann aber schwierig. Nehmen Sie zum Beispiel die Statistiken: Die können Sie nur dann ausfüllen, wenn Sie wissen, was für einen Sachverhalt Sie vor sich haben. Bis ich dem Assistenten den Sachverhalt erklärt habe, ist mehr Zeit vergangen, als würde ich die Statistik selber ausfüllen.

Ich kann Ihnen aber sagen, was viel besser helfen würde: zum Beispiel eine ordentliche technische Ausrüstung auf dem Streifenwagen. Jeder Paketdienstfahrer ist heutzutage besser ausgestattet als unsere Polizisten auf dem Streifenwagen.

(Beifall von den PIRATEN)

Jeder noch so kleine Verkehrsunfall muss mindestens zweimal komplett bearbeitet werden. Einmal wird die Unfallmitteilung handschriftlich vor Ort ausgefüllt, und dann wird anschließend auf der Wache der ganze Mist nochmals ins IGVP eingehackt.

Es wäre viel besser, wenn beispielsweise ein Laptop und ein mobiler Drucker auf dem Streifenwagen vorhanden wären und man die Schreibaarbeiten mobil vor Ort erledigen könnte. Zum einen könnte dadurch der Arbeitsaufwand halbiert werden, zum anderen könnte die Arbeit sogar draußen gemacht werden, während weiter Streife gefahren würde: Der eine würde fahren, der andere schreiben. Das ist praktisch möglich.

Das kostet auch nur einmal viel und danach nur sehr wenig, wohingegen Personal immer viel kostet. Und es würde tatsächlich eine Arbeitserleichterung darstellen für die Kolleginnen und Kollegen, für die Polizisten draußen.

Abschließend möchte ich noch eine grundsätzliche Bemerkung zu Ihrer Forderung machen. Sie möchten die Polizei entlasten. Das erkenne ich natürlich an, und das begrüße ich auch. Das tun alle hier, auch meine Vorredner. Das stellt Ihnen keiner in Abrede.

Über eines sollten Sie sich jedoch Gedanken machen: Trotz Ihres Entlastungswillens lehnen die Gewerkschaften Ihre Forderungen ab. Und spätestens da sollten Sie sich Gedanken machen, ob Ihre Forderungen tatsächlich vernünftig sind und überhaupt gewollt werden. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schatz. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass die-

ser Antrag gut geeignet ist, Herr Lohn, sich in der Debatte um innere Sicherheit und Aufgabenfunktionen der Polizei in Nordrhein-Westfalen mal ehrlich zu machen.

Beginnen möchte ich damit, dass ich es gut finde, wenn Sie sagen, dass wir die Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen einmal loben müssen. Das ist gut und richtig, und das hat sie verdient. In den letzten Monaten haben wir in diesem Hause allerdings viel darüber diskutiert, dass die Polizei bei Rocker-kriminalität angeblich wegschaut, dass es Motivationsdefizite gibt usw. Herr Lohn, morgen werden wir im Rahmen der Kriminalitätsstatistik wiederum über dieses Thema diskutieren, und Sie werden wieder anfangen, Äpfel mit U-Booten zu vergleichen, um dann den Schluss zu ziehen, dass unsere Polizei schlechter ist als die in anderen Ländern. Angesichts all dessen sage ich Ihnen deutlich: Ihr Bekenntnis zur guten Arbeit der Polizei in Nordrhein-Westfalen ist Heuchelei.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Ich finde, dass die Kolleginnen und Kollegen ein etwas Besseres verdient haben.

Zweitens sollten wir uns nicht ausschließlich auf die Frage konzentrieren, ob die Polizei Entlastung braucht. Da kann man über vieles reden. Ich glaube zum Beispiel, dass die Begleitung von Schwervertransporten nicht unbedingt zu den hoheitlichen Aufgaben der Polizei zählt; aber es ist ein Randbereich ihrer Arbeit.

Viel wichtiger ist: Das Bild, das Sie von polizeilicher Arbeit vermitteln, ist eines, das mindestens ein Jahrzehnt alt ist. Das könnte daran liegen, dass Sie seit dieser Zeit nicht mehr im aktiven Dienst tätig sind. Sie vermitteln ein Bild von Aufbauorganisation – egal ob bei der Polizei, bei anderen Behörden oder Unternehmen –, das eigentlich der Geschichte angehört. Die Annahme, dass die Aufbauorganisation eines Unternehmens oder einer Dienstleistung durch Vielschichtigkeit der Laufbahnen zu gewährleisten ist, gehört längst der Vergangenheit an.

Was wir heute benötigen, sind Allrounder. Die breite Einsatzfähigkeit der gut ausgebildeten Polizei in Nordrhein-Westfalen in insgesamt 64 Berufsbildern für Beamtinnen und Beamten ist ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg waren und sind. Wir bilden sie gut aus, damit sie breit zu verwenden sind.

Drittens sollten wir uns dahin gehend ehrlich machen, Herr Lohn – dass die Polizei entlastet werden muss; da sind wir einer Meinung –, dass diese Situation durch Ihre Schuld eingetreten ist, durch Ihre Einstellungspolitik in den Jahren 2005 bis 2010,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

wo Sie wussten, dass Sie – den Altersberichten zum Trotz – 2.100 Beamtinnen und Beamte zu wenig einstellen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich würde ganz gerne zu Ende ausführen.

Der vierte Punkt, bei dem wir uns ehrlich machen sollten, Herr Lohn, betrifft die Frage, was Sie eigentlich mit den Verwaltungsassistenten vorhaben. Ich finde es gut, dass Sie heute mal die Hose heruntergelassen haben.

(Zuruf)

– Bildlich gesprochen! – Ihnen geht es nicht um Verwaltungsassistenten. Sie haben sich ja gerade ehrlich gemacht und gesagt: Eigentlich meinen Sie den klassischen Hilfswachtmeister, der Objektschutz und Verkehrsüberwachung macht. Ihre Rede wird ja wörtlich nachzulesen sein. Diesen Weg hin zu einer Hilfspolizei in Nordrhein-Westfalen wird es mit dieser Landesregierung auf gar keinen Fall geben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von den PIRATEN: Hört hört!)

Der fünfte Punkt, bei dem wir uns ehrlich machen sollten, betrifft die Frage: Was ist eigentlich Ihre Absicht? Dazu ziehe ich Ihr Papier „Zukunft für unser Land“ zurate, in dem Sie grandios dargestellt haben, wie Sie es schaffen, diesen Haushalt zu konsolidieren.

Herr Lohn, jetzt passen Sie bitte auf; denn ich glaube, Sie haben dieses Papier nicht verinnerlicht. Darin steht, Sie wollen Verwaltungsassistenten im Modellprojekt einstellen, pro Jahr 500.000 € ausgeben, mittelfristig 5 Millionen bis 2017. So weit, so gut. Dann lesen Sie mal die Zeile darunter! Dort steht: Dadurch entstehen bei der Polizei Einsparungen von 55 Millionen €. – Sie wollen also 5 Millionen für Verwaltungsassistenten einsetzen und 55 Millionen bei den Polizeivollzugsbeamten sparen. Das ist nichts anderes als ein Abbau von 2.300 Stellen.

(Beifall von der SPD)

Auch das werden wir nicht mitmachen.

Der allerletzte Punkt, bei dem wir uns ehrlich machen sollten, Herr Lohn, ist der Inhalt Ihres Antrags. Er enthält das, was die Menschen sich in diesem Sommer wünschen, nämlich viel heiße Luft. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2899** an den **Innenausschuss**. Dort soll die ab-

schließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand dagegen stimmen oder sich enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung erfolgt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

13 Verantwortung übernehmen heißt: Verfassungsschutz reformieren statt abschaffen – Einsatz von V-Leuten rechtsstaatlich ausgestalten statt verbieten

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2884

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin hat den Titel unseres Antrags schon vorgelesen. Eigentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir alle in diesem Hause uns hinter dieser Überschrift sammeln können.

Allerdings kam vor Kurzem ein Bundesparteitag der Grünen zu ganz anderen Ergebnissen. Die Grünen haben dort beschlossen, den Verfassungsschutz quasi komplett neu zu bauen und den Einsatz von V-Leuten zu beenden, zu verbieten, einzustellen.

Meine Damen und Herren, wir als liberale Fraktion sind etwas irritiert über die Haltung der Mehrheit des Hauses, die hier regiert, weil wir zeitgleich einen Gesetzentwurf beraten, bei dem der Innenminister nicht müde wird zu betonen, dass der Einsatz von V-Leuten nun endlich gesetzlich geregelt wird.

Frau Kollegin Schäffer von den Grünen hat diesen Gesetzentwurf in der bisherigen Plenarberatung immer gelobt,

(Zustimmung von Verena Schäffer [GRÜNE]
und Reiner Priggen [GRÜNE])

sodass ich mir heute ein einvernehmliches Votum zu unserem Antrag erhoffe, damit wir als Parlament das klare Bekenntnis zu diesen beiden sehr simplen, aber selbstverständlichen Kernaussagen abgeben. Alles andere würde eigentlich bedeuten, dass der rot-grüne Entwurf Makulatur ist. Denn Sie können nicht auf der einen Seite die V-Leute verbieten und auf der anderen Seite ihren Einsatz gesetzlich regeln wollen.

Eben wurde schon mal gesagt: Hose runter! – Zu den Kolleginnen und Kollegen der Grünen kann ich nur sagen: Lassen Sie die Hosen runter! Zeigen Sie, wo Sie stehen! Sagen Sie entweder Ja zu einem effektiven Verfassungsschutz, zu dem auch V-Leute gehören, oder sagen Sie Nein und ziehen Ih-

ren eigenen Regierungsentwurf zurück! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe beinahe gehaut, wo der verehrte antragstellende Kollege seinen Schwerpunkt setzt. Es geht ihm offensichtlich nicht um das Verfassungsschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen, es geht ihm nicht darum, über V-Leute zu reden, sondern es geht ihm darum, sich den grünen Parteitag als Nebenkriegsschauplatz zu eigen zu machen, um von der eigenen Konzeptionslosigkeit im Bereich des Verfassungsschutzes und der entsprechenden Gesetzgebung abzulenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, wenn Sie irritiert sind, ist das Ihr Problem. Ich glaube, wir sollten uns über das unterhalten, was hier in Nordrhein-Westfalen tatsächlich im Augenblick zu entscheiden ist und anliegt. Ich denke, all das, was Sie in Ihrem Antrag gefordert haben, wird von der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen vorbildlich abgearbeitet.

Ich darf an der Stelle sicherlich konzedieren, dass Sie mit dem Antrag ganz groß herausgekommen wären, wenn sie ihn vor zwei Jahren gestellt hätten. Politik ist ja immer auch eine Frage des Timings.

Inzwischen reden wir über einen konkreten Regierungsvorschlag, der Folgendes beinhaltet: ein Bekenntnis zur wehrhaften Demokratie und ein Bekenntnis – das ist für viele nicht leicht zu akzeptieren, das hat man in der Anhörung zum Verfassungsschutzgesetz gemerkt – zur Einrichtung des Verfassungsschutzes.

Der Traum von einer idealen Welt, in der Demokraten untereinander alles mit Menschenverstand und in gegenseitiger Hochachtung klären können, auch extreme Positionen, ist schön. Leider leben wir nicht in einer solchen Welt.

Insoweit bekennen wir uns zur wehrhaften Demokratie, zur Notwendigkeit des Verfassungsschutzes und trotz all der bössartigen Pannen, die nicht erst bei der NSU-Anschlagsserie zutage getreten sind, zu dem nachrichtendienstlichen Mittel der V-Leute – allerdings mit erheblichen Einschränkungen.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Körfges, Entschuldigung, der Kollege Orth würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ja.